

– Es gilt das gesprochene Wort –

Haushaltsrede 2026

des CDU-Fraktionsvorsitzenden Holger Krajewski

im Rat der Stadt Dorsten zur Haushaltsverabschiedung des Haushaltes 2026

am 25. Februar 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Kämmerer,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

Haushaltsreden gehören nicht zu den angenehmsten Terminen in der Kommunalpolitik. Sie sind selten motivierend und noch seltener bequem. Sie zwingen uns, Prioritäten offen zu benennen und unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Aber sie sind notwendig. Denn hier geht es um Verantwortung.

Im vergangenen Jahr habe ich an dieser Stelle festgestellt: „Es ist bereits alles gesagt! Es ist bereits alles geschrieben worden!“ Wenn ich heute auf die finanzielle Lage unserer Stadt blicke, muss ich feststellen: Dieser Satz hat leider nichts von seiner Gültigkeit verloren. Die Herausforderungen, vor denen Dorsten steht, sind nicht neu. Sie sind bekannt. Sie sind beschrieben. Und sie sind größer geworden – größer, als wir es uns leisten können. Die finanzielle Situation unserer Stadt ist ernst – und mit Blick in die mittelfristige Planung beängstigend.

Eines ist mir dabei wichtig festzuhalten: Diese Entwicklung ist nicht hausgemacht. Dorsten hat geliefert. Über Jahre hinweg wurde solide gewirtschaftet, Verantwortung übernommen und ein erheblicher Schuldenabbau erreicht. Was uns heute tatsächlich unter Druck setzt, ist kein Mangel an Haushaltsdisziplin, sondern ein strukturelles Finanzierungsproblem der Kommunen. Die Kommunen in Deutschland leisten rund ein Viertel aller staatlichen Ausgaben, erhalten aber nur etwa ein Siebtel der staatlichen Einnahmen. Pflichtaufgaben nehmen zu. Standards steigen. Rechtsansprüche werden ausgeweitet. Das alles ist politisch gewollt – aber kommunal kaum noch zu stemmen.

Bei aller Problembeschreibung gehört zur Ehrlichkeit auch, Fortschritte anzuerkennen. Es gibt erste Ansätze. Mehr noch nicht. Noch keine Lösung – aber erste Bewegungen in die richtige Richtung. Die Entlastung bei den Altschulden sowie die angekündigten Investitionen in die kommunale Infrastruktur verschaffen unserer Stadt kurzzeitig Luft – für etwa ein bis zwei Jahre. Sie geben Zeit. Sie helfen, zunächst handlungsfähig zu bleiben. Aber ich sage auch ganz klar: Diese Schritte allein werden unsere Probleme nicht lösen.

Neben der finanziellen Lage gibt es eine zweite Ebene, die wir nicht aus dem Blick verlieren dürfen – eine Ebene, die sich nicht in Tabellen und Zahlen abbilden lässt. Es geht um die Frage, wie wir als Stadtgesellschaft miteinander umgehen und welches Verständnis wir vom Zusammenspiel zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung haben. Dazu gehört auch ein respektvolles und klares Miteinander zwischen Politik und Verwaltung. Beide haben unterschiedliche Rollen und

unterschiedliche Verantwortlichkeiten – aber ein gemeinsames Ziel: das Wohl unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wo politische Entscheidungen fachlich begleitet werden und Verwaltungshandeln demokratische Mehrheiten respektiert, entsteht Vertrauen. Wo nicht klar und fair miteinander gearbeitet wird, leidet die Zusammenarbeit – und damit leidet unsere Stadt. Denn wie wir intern miteinander umgehen, prägt auch, wie staatliches Handeln nach außen wahrgenommen wird. Es beeinflusst Erwartungen und das Verständnis dafür, was Politik und Verwaltung leisten können – und was eben nicht.

Und genau hier liegt ein Kernproblem: Wir haben uns über Jahre an eine Full-Service-Mentalität staatlicher Leistungen gewöhnt – von Bund, Land und Kommune. Für nahezu jedes Problem wird erwartet, dass „der Staat“ oder „die Stadt“ es löst. Gleichzeitig beobachten wir, dass die Bereitschaft, selbst Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen, abnimmt. Die Erwartung steigt – die Eigenverantwortung sinkt. Und das kann auf Dauer nicht funktionieren.

Gerade deshalb ist ein Satz unseres ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss aktueller denn je: „Demokratie lebt vom Mitmachen.“ Nicht vom Zurücklehnen. Nicht vom Kommentieren am Rand. Sondern vom Übernehmen von Verantwortung – in der Gesellschaft und in der Kommune.

Diese Haltung gerät zunehmend unter Druck – und sie erklärt, warum die Erwartungen an Städte und Gemeinden immer weiter wachsen. Aber eine Kommune ist kein anonymer Dienstleister. Sie ist Ausdruck unserer Gemeinschaft. Und Gemeinschaft funktioniert nur dann, wenn Verantwortung nicht reflexartig – auch für das eigene Leben – wegdelegiert wird.

Ich bin überzeugt: Wir stehen vor enormen Herausforderungen. Finanziell wird unserer Stadt – ohne ein Umsteuern insbesondere auf Bundesebene, flankiert durch das Land – zeitnah vollständig die Luft ausgehen. Unser Kämmerer hat das in seiner Rede sehr klar auf den Punkt gebracht: „Günni wird ertrinken.“ Das lässt sich nicht schönreden. Und es lässt sich auch nicht durch immer neue Forderungen lösen. Was wir brauchen, ist mehr Gemeinsinn. Mehr Verantwortung füreinander. Und vor allem mehr Verständnis dafür, dass staatliches Handeln Grenzen hat. Was vor uns liegt, lässt sich nicht delegieren. Es lässt sich nur gemeinsam bewältigen.

Ich beobachte, dass manche Kräfte Unsicherheit nutzen, um einfache Antworten zu verkaufen ohne Verantwortung zu übernehmen. Sie versprechen einfache Lösungen für komplexe Probleme, verkürzen Zusammenhänge und arbeiten mit Schuldzuweisungen. Sie setzen auf Spaltung statt auf Zusammenführung. Dabei wird weggelassen, was nicht ins eigene Bild passt. Der Zusammenhang tritt in den Hintergrund, übrig bleibt ein Ausschnitt. So entstehen Halbwahrheiten und eine Darstellung, die dem tatsächlichen Ablauf nicht gerecht wird. Das mag bei den eigenen Anhängern Beifall finden. Mit verantwortungsvoller Politik hat es jedoch wenig zu tun.

Doch Verantwortung zeigt sich nicht nur im Umgang mit Wahrheit, sondern ebenso im Umgang mit finanzieller Realität. Und deshalb erschließt sich mir nicht, wie man angesichts der angespannten finanziellen Lage auf allen staatlichen Ebenen weiterhin die Ausweitung staatlicher Leistungen fordern kann – zumal die finanzielle Schieflage nicht auf sinkende Einnahmen, sondern auf überproportional steigende Ausgaben zurückzuführen ist.

Eine Politik, die diese Realität ausblendet, ersetzt Verantwortung durch Wunschdenken. Sie vermeidet unbequeme Entscheidungen und verschiebt notwendige Klärungen auf morgen – wohl wissend, dass die Rechnung am Ende andere bezahlen. Diese Form der politischen Vereinfachung bleibt jedoch nicht folgenlos. Sie prägt Debatten, Erwartungen – und letztlich auch den Umgang

miteinander. Denn wer nur Fragen oder Forderungen stellt, ohne ernsthafte Lösungsvorschläge zu liefern, wer vereinfacht, statt ehrlich zu erklären, wer Misstrauen und Neid schürt, statt Verantwortung zu übernehmen, der gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den wir gerade jetzt dringender denn je brauchen.

Unsere Welt ist komplex – und kommunale Finanzen noch viel mehr. Diese Komplexität verständlich zu erklären, ist mühsam. Aber sie durch vermeintlich einfache Antworten zu ersetzen, macht die Lage nicht einfacher – sondern schwieriger. In diesem Zusammenhang bringt es die 1973 verstorbene österreichische Schriftstellerin Ingeborg Bachmann auf den Punkt: „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar.“ Und Politik muss den Menschen die Wahrheit zumuten – auch dann, wenn sie unbequem ist.

Damit komme ich nun zum vorliegenden Haushalt. Wie schon im letzten Jahr fällt es uns schwer, diesem Haushalt zuzustimmen. Er basiert erneut in erheblichem Maße auf Verlustvorträgen und pauschalen Minderausgaben, die zwar gesetzlich vorgesehen sind, die aber in der Sache keine nachhaltige Lösung darstellen. Unser Haushalt ist belastet – und er belastet uns.

Wir stimmen trotzdem zu. Wir stimmen zu, weil eine Ablehnung nichts an den strukturellen Problemen ändern würde, die an anderer Stelle zu verantworten sind. Und – und das ist entscheidend – eine Ablehnung hätte nur marginale finanzielle Entlastungen bei gleichzeitiger vollständiger Handlungsunfähigkeit zur Folge. Wir wollen jedoch im engen Rahmen der noch gegebenen Möglichkeiten weiter Verantwortung für Dorsten übernehmen. Für uns gilt: Auch eine noch so kleine Handlungsfähigkeit geht vor Stillstand. Mit den gleichen Argumenten wie im letzten Jahr: Zustimmung – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Dorstens.

Am Ende bleibt für mich: Es ist viel gesagt. Es ist viel geschrieben. Entscheidend ist, was wir daraus machen. Verantwortung zu übernehmen heißt, nicht nur zu fordern, sondern zu entscheiden – auch dann, wenn es unbequem ist. Und das haben wir in den vergangenen Jahren getan. Wir haben schwierige Beschlüsse gefasst, Kompromisse gesucht und Verantwortung getragen. Die strukturelle Schieflage entsteht nicht hier – doch wir sind es, die sie verantworten und erklären müssen. Die Herausforderungen sind groß. Sie verlangen Klarheit. Sie verlangen Standfestigkeit. Sie verlangen den Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit auf der Grundlage unserer demokratischen Werte. Wenn wir unsere begrenzten Möglichkeiten klug nutzen, wenn wir Verantwortung annehmen, statt sie weiterzureichen, dann kann Dorsten auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig, stark und lebenswert bleiben. Gemeinsam. Für Dorsten.

Gemeinsam.
Für Dorsten.